



Zeitung des Stadtverbandes Schwedt der Partei

DIE LINKE.

Nr. 03/2017

Heiße Diskussion zu Fragen der Bildung

Unsere Landtagsabgeordneten Kathrin Dannenberg und Isabelle Vandr  stellen sich am Mittwoch, dem 15.02.2017 den Fragen zur Schulbildung in der Gesamtschule „Talsand“ Schwedt. Eingeladen

waren dazu Schulleiter, Elternvertreter, Lehrer und interessierte Bürger unserer Stadt. Natürlich gibt es viele Probleme vor Ort, die einer Klärung bedürfen.

Warum fällt in manchen Fächern wochenlang der Unterricht aus, ohne dass es eine fachgerechte

Vertretung gibt? Wie wirbt man Personal für die Randregionen Brandenburgs und warum sind die Schulklassen in Schwedt und Prenzlau oft mit 28 bis 30 Schülern verhältnismäßig groß.

Geduldig beantworteten die beiden Frauen viele der Fragen nach bestem Wissen. Natürlich hat die Landesregierung mehr neue Lehrer eingestellt, als ursprünglich geplant, und trotzdem kann der Bedarf nicht fachgerecht gedeckt werden. Als Ursachen dafür sieht man die Veränderung der Standorte für die Schulämter und deren personelle Besetzung an. Ausschreibungen für die Schulen werden zu spät oder manchmal gar



nicht im Internet publiziert. Die Bearbeitung von Bewerbungsunterlagen dauert zu lange und die Vermittlung von Referendarstellen ist kaum nachvollziehbar. Auch an den Universitäten be-

steht Nachholbedarf beim Pdagogikstudium. Es gibt wenig Dozenten, die die Absolventen während des Referendariats in den weit entlegenen Randregionen betreuen wollen. Quereinsteiger müssen gefördert und fortgebildet werden. Für sie müssen gerechte Entgelte angeboten werden. All diese Probleme wurden zum Teil recht emotional diskutiert. Die Arbeit der Linken Politikerinnen ist natürlich in der Koalition nicht leicht, weil der Koalitionsvertrag mit der SPD auch bestimmte Hindernisse bei der Umsetzung notwendiger Maßnahmen stellt. Kathrin Dannenberg legte die Ergebnisse der bildungspolitischen Arbeit in Zahlen vor (Die MOZ berichtete darüber). Beide Politikerinnen nahmen die Probleme der Region ernst und werden sie in ihre Arbeit im Landtag einbeziehen. Wir werden auch in Zukunft in Kontakt zu unseren Abgeordneten bleiben.

Nur noch Pfuscher?

Als ich die gedruckte Februar - Ausgabe unseres KoppHoch vor mir hatte, staunte ich nicht schlecht. Was ist denn das für eine Zeitung? Der halbe Kopfbogen fehlte. So ein Pfuscher. Zum Glück halten sich die Folgen in Grenzen. Anders sieht es da schon aus, wenn z.B. Ärzte pfuschen. Behandlungsfehler gehören seit Jahren fast zum Alltag vieler Patienten. Nachweise gegenüber den Ärzten sind schwer, so dass sich viele Betroffene schließlich mit ihrem Schicksal abfinden. Auch als Ottonormalverbraucher gewohnt man sich an den alltäglichen Pfuscher. Nicht passende Möbelteile, schiefe oder offene Nähte an Kleidungsstücken, eine Gebrauchstauglichkeit der Dinge nahe Null. Ganz abgesehen von den vielen Druckfehlern, die sich in Zeitungen und zunehmend auch in Büchern wiederfinden. Woher kommt all der Pfuscher? Was ist noch geblieben von dem einmal hochgeschätzten Gutesiegel „Made in Germany“? Pfuscher machen aber nicht nur die anderen.

Schauen wir uns die eigenen Leistungen an. Fehler gehören längst zum Alltag im Berufsleben. Früher habe ich mich noch über jeden geärgert. Heute ist dafür keine Zeit mehr. Der Leistungsdruck in der Arbeitswelt wächst ständig. Gute Qualität aber braucht Zeit; mit schnell und billig gelingt es nicht. Willkommen in der Wegwerfgesellschaft. Landet ja sowieso alles bald wieder auf dem M ll. Fehler passieren, den fehlenden Kopfbogen unserer Zeitung werden wir sicher ohne große Probleme überstehen. Mit Gleichgültigkeit und Schlamperei aber müssen und dürfen wir uns nicht abfinden und sie auch nicht bei uns selber dulden.

Aus dem Inhalt:

Bildungspolitik	S.1
Abschiebungen	S.2
Frauentag	S.2
Grenzkriminalitt	S.3
Verwaltungsstrukturreform BB	S.4
Bundestagswahlkampf	S.5

Bärbel Ramm

Sylvia Anklam

Mehr als nur ein Abschiebestopp!

"Für DIE LINKE ist klar: wir sind gegen Abschiebungen in Kriegs- und Krisengebiete und stehen auch weiterhin dafür, Menschen nicht nach Afghanistan abzuschicken. Deshalb begrüßt DIE LINKE Brandenburg den Beschluss des Landtages. Der LINKEN ist es wichtig, langfristige Sicherheit für die Betroffenen zu ermöglichen und nicht nur einen Abschiebestopp für die den Bundesländern möglichen drei Monate. Brandenburg tut alles in der Macht eines Bundeslandes stehende, Menschen aus Krisen- und Kriegsgebiet ein Bleiberecht zu gewähren. Effektiv und dauerhaft Abschiebungen verhindern kann jedoch nur der Bund: Durch Erlass eines bundesweiten Abschiebestopps oder durch eine Neubewertung der Sicherheitslage in diesen Gebieten. Erst wenn die Lageeinschätzung des Bundes überarbeitet wird, können die zielstaatsbezogenen Abschiebungsverbote des Aufenthaltsgesetzes greifen. Deshalb fordern wir die



Bundesregierung dringend auf, unter Einbeziehung von Hilfsorganisationen eine Neubewertung der Sicherheitslage in Afghanistan vornehmen. Wir sind froh, dass Brandenburg sich nicht an den Sammelabschiebungen des Bundes beteiligt hat und setzen uns dafür ein, dass

dies auch in Zukunft so bleibt. Der Landtag fordert die Landesregierung in seinem Beschluss auf, darauf hinzuwirken, dass die Ausländerbehörden in Brandenburg, alle humanitären Spielräume des Aufenthaltsrechts nutzen, um keine Menschen in Kriegsgebiete abzuschicken, ähnlich der Brandenburger Regelung zum Bleiberecht für Opfer rechter Gewalt. In Brandenburg muss jeder Einzelfall gründlich geprüft und die vorhandenen Ermessensspielräume müssen konsequent im Sinne der Betroffenen genutzt werden. Wir begrüßen, dass zukünftig die psychosoziale Betreuung Betroffener in der Abschiebungshaft verbessert wird und eine unabhängige Verfahrensberatung in den Erstaufnahmeeinrichtungen des Landes sichergestellt wird."

DIE LINKE. Brandenburg in Aktion | Newsletter 09/2017 | 3. März 2017

Frauentag mit Flüchtlingsfrauen

Im Gemeindezentrum Schwedt war der Raum festlich vorbereitet von den Initiatorinnen dieser Veranstaltung, dem DGB, der evangelischen Kirche, der Schutzhütte und uns LINKEN. Voller Spannung warteten wir, wie viele syrische, tschetschenische und russische Flüchtlingsfrauen mit ihren Kindern unsere Einladung annehmen werden. Im vergangenen Jahr wohnten die meisten von ihnen noch in der Unterkunft, inzwischen haben sie alle Wohn-

ungen bezogen. Langsam füllte sich der Raum. Es war einfach schön zu sehen, wie jede neuankommende Frau sofort umringt und begrüßt wurde. Auch für die syrischen Frauen, die inzwischen ein Baby bekommen hatten, war es ein Wiedersehen, gemeinsam mit ihren Babys. Fast alle brachten für das Kuchen-

büffet süße, leckere Sachen mit. Die syrischen Frauen bereicherten es auch mit einigen deftigen Speisen. In kurzen Begrüßungsworten brachten alle Veran-

Kinder und ein Baby unterhielt uns mit einem „Konzert.“

In diesem Jahr war auch die Verständigung schon etwas leichter, da die

BLUMEN BITTE IN DIE VASEN, FRAUEN*RECHTE IN DIE KÖPFE!

DIE LINKE. BRANDENBURG

stalter zum Ausdruck, wie wichtig es ist, gemeinsam mit einander zu sprechen, sich auszutauschen, um sich besser kennen zu lernen. Nur so kann Deutschland für die Flüchtlingsfamilien zur Heimat werden. Bunt gemischt saßen etwa 80 Frauen an den Tischen. Um uns herum spielten größere und kleinere

Flüchtlingsfrauen und ihre Kinder schon besser Deutsch konnten. Eine Reihe deutscher und syrischer Frauen kennen sich schon, gut Überrascht wurden wir alle von den syrischen Kindern mit einer kleinen Theateraufführung. Eine Szene aus „Schneewittchen“

wurde gespielt. Intensiv hatte Zakaria in den letzten Tagen mit ihnen geübt, damit auch alles klappt. Die Kostüme vom Theater Stolperdraht passten wunderbar. Die sieben Zwerge waren so etwas von brav, dass ich sehr erstaunt war, denn ich weiß, wie quirlig die Jungs sonst

Fortsetzung S. 3

sind. Eine russische Frau neben mir meinte, "Nur gut, dass wir die Märchen kennen, da verstehen wir das auch auf Arabisch." Für kurze Zeit gingen beim Anblick der freudigen Gesichter von Müttern und ihren spielenden Kindern meine Gedanken nach Syrien. Weiß ich doch, dass viele von ihnen aus Aleppo kommend, Schlimmes erlebt haben. Und als mich einige Kinder auch noch fragten, was denn der Spruch auf den Tischkarten bedeutet "8.März – Inter-

nationaler Frauentag - wir verändern", holten mich die Probleme von Krieg und Frieden auf unserer Welt ein. Der 8.März ist eben nicht nur Feiertag, er bleibt nach wie vor auch ein Kampftag für Frieden und die Rechte von Frauen, wie gleiches Geld für gleiche Arbeit, eine eigenständige Existenzsicherung. Es geht aber auch um die Absage an jene, die wieder zurück wollen zum überholten Familienbild mit Frau am Herd und Mann in der Arbeitswelt. Wir wer-

den unsere mühsam erkämpften Rechte und unser modernes Frauenbild verteidigen. Wir fünf Frauen von den LINKEN gingen freudvoll mit der Überzeugung nach Hause, dass für Frauen nichts unmöglich ist.

Christa Dannehl

Offene Grenzen-offene Kriminalität?

Der Kreisvorstand der LINKEN Uckermark hatte zu einer sicherheitspolitischen Diskussionsrunde eingeladen. Am 22. Februar 2017 trafen sich im MehrGenerationenHaus ca. 20 interes-

sierte Teilnehmer um mit den Referenten Andrea Johlige MdL, Timo Ritter, Mitglied des geschäfts-führenden Landesbezirksvorstands der Gewerkschaft der Polizei Brandenburg und Andreas Büttner, Polizeibeamter, Sprecher des Arbeitskreises Linke Polizist*innen Berlin- Brandenburg zu diskutieren. Anne

-Frieda Reinke eröffnete und führte durch die Gesprächsrunde. Mit der doch recht schwachen Teilnehmerzahl waren die Organisatoren sicher nicht zufrieden. Angesichts der kompetenten Referenten hatte man ein größeres Interesse zumindest der persönlich Eingeladenen erwartet. Die Fragen und Diskussionen der Anwesenden ließen dann aber nichts zu wünschen übrig. Andrea Johlige begann mit einigen Informationen zum Stand der Kriminalität an der Grenze zu Polen bis zum Jahr 2015. Die höchste Anzahl von Straftaten in diesem Zeitraum weist mit hohem Abstand die Grenzgemeinde Frankfurt/ Oder auf, gefolgt von Schwedt und Eisenhüttenstadt. Der Diebstahl von landwirtschaftlichen Maschinen und Geräten ist mit der Einföhrung der künstlichen DNA im

grenznahen Bereich deutlich zurückgegangen. Nach wie vor sind Kfz, Fahrräder und auch Solarmodule begehrte Diebstahlobjekte. T. Ritter und A. Büttner führten auf Fragen zu Prävention die



Zusammenarbeit mit den polnischen Behörden insbesondere im Zusammenhang bei der Bekämpfung der organisierten Kriminalität an. Bei kleineren Straftaten klappt es noch nicht so gut. Durch die Möglichkeit in den Grenzraum einzufahren bieten sich inzwischen auch dabei günstige Bedingungen zur Kriminalitätsbekämpfung. Kriminalität durch Zuwanderung konnte A. Johlige nicht bestätigen. Nicht umsonst hat sich die Landesregierung gegen eine ständige zentrale Unterbringung der Flüchtlinge eingesetzt. Vielmehr sind es fremdenfeindliche Übergriffe, die in Brandenburg zu verzeichnen sind Immer wieder wurde auf den Mangel an Polizisten auf der Straße hingewiesen. Durch die Referenten wurden der hohe Arbeitsdruck auf die Beamten und der damit verbun-

dene hohe Krankenstand beklagt. Unzureichende Ausbildung, fehlende Familienfreundlichkeit des Berufstandes, keine länderüber-greifende Besoldung sind nur einige der angesprochenen Belas-

tungen der Polizeibeamten. A. Johlige verwies darauf, dass das Problem der fehlenden Kräfte erkannt wurde. Die Ausbildung von 8250 Polizeibeamten im Land ist vorgesehen. Diskutiert wurde auch der Einsatz der Polizei bei politischen Aktionen. Schutzmaßnahmen im Rahmen der erhöhten Terrorgefahr, Gewalt gegen Polizisten bringen

die Beamten an ihre Grenzen. A. Büttner gab ehrlich zu, dass der Aufmarsch der Polizei zum Schutz rechter Demos öfters überzogen wird. Ja es gibt Gewalt gegen Polizisten aber durch Polizisten. Alle drei Referenten sehen den Gesprächsbedarf zwischen Polizei und Bürgern. Eine mangelnde Akzeptanzbereitschaft herrscht auf beiden Seiten. Wenn auch das eigentliche Thema des Abends, Kriminalität durch offene Grenzen, während der Diskussionen immer öfter in den Hintergrund rückte, so war es doch eine interessante Gesprächsrunde. Vielleicht hätte bei mehr öffentlicher Werbung noch der eine oder andere Interessierte den Weg ins MehrGenerationen-Haus gefunden.

Sylvia Anklam

Zwei Euro – und Deckel drauf

Es grenzt schon an eine kleine Sensation, was die Fraktion LINKE/Umweltaktive/BFB/Piraten in der Stadt Teltow erreichen konnte. Ab 1. April (und das ist kein Scherz) kostet das Mittagessen für die Grundschüler 2 Euro. Ohne Wenn und Aber. Zur Vorgeschichte: Die Stadt schrieb im vergangenen Jahr den Essenanbieter neu aus und favorisierte einen Caterer, der seine Essen für 3,11 Euro angeboten hat. Essen, welches bei dem gekündigten zuvor 2,60 Euro kostete. Mit dieser Summe, die eine Anpassung an den Mindestlohn und eine Qualitätssteigerung enthalten

sollte, hätten Eltern also für 51 Cent tiefer in die Tasche greifen sollen. Die Konsequenz: die Zahl der Essenteilnehmer geht zurück. Um dieses Entwicklung zu verhindern oder sogar umzudrehen, schlug die oben genannte Fraktion vor, das Essen sogar kostenlos für die Kinder anzubieten. Das ging jedoch den anderen Fraktionen in der SVV zu weit. „Was nichts kostet ist nichts wert.“, so ihre Meinung. Dass es aber preiswerter sein könnte, bestätigten sie auch. In der Diskussion zum Haushalt für das Jahr 2017 machte sich die Fraktion an die Rechnung und er-

läuterte, dass die Stadt einen Betrag von 170 000 Euro pro Jahr benötigt, um eine Deckelung der Kosten auf 2 Euro zu bewerkstelligen. Da die dazu notwendige Satzung über die Entrichtung des Essengeldes erst im April 2017 in Kraft treten soll, sind daher 130 000 Euro für 2017 notwendig. Ohne Murren stimmten am Abend der Beschlussfassung des Haushaltes alle Stadtverordneten dieser Summe zu. Hoffen wir, dass es den Kindern schmeckt, die Eltern erleichtert sind und eine solche soziale Entscheidung keine Eintagsfliege bleibt.

Glückwunsch an Steinmeier und herzlichen Dank an Butterwegge

Am Sonntag wurde Frank-Walter Steinmeier zum neuen Bundespräsidenten gewählt. Unser Landesvorsitzender Christian Görke, der als Mitglied der Bundesversammlung an der Wahl teilnahm, beglückwünschte als Brandenburger dem Wahlbrandenburger zu diesem hohen Amt und sagte: "Wir wünschen uns, dass er mit Augenmaß handelt und dass er nun politische Akzente für eine gerechte, demokratische



und friedliche Gesellschaft setzt. Das ist bitter nötig und wir hoffen, dass wir zukünftig darin einen Partner in ihm fin-

den." Görke dankte ausdrücklich Professor Christoph Butterwegge für dessen Kandidatur: "Wir hatten einen interessanten und profilierten Kandidaten in ihm, der wie kein anderer für eine soziale, solidarische und gerechte Gesellschaft für Alle steht. Insbesondere freut uns natürlich, dass es ihm gelungen ist, 35 Stimmen mehr als es Wahlfrauen und -männer der LINKEN gab, auf sich zu vereinen."

Landesverband

Verwaltungsstrukturreform:

Votum wird in Meinungsbildung einfließen

Am Dienstag hat die Volksinitiative gegen die Verwaltungsstrukturreform ihre Unterschriften übergeben. Unsere Pressesprecherin Anja Mayer sagte dazu: "Die Beteiligung so vieler Bürger*innen an der Volksinitiative freut uns. DIE LINKE hat sich immer für mehr direkte Demokratie eingesetzt und auch für eine breite Beteiligung bei der Verwaltungsstrukturreform stark gemacht. Die hohe Anzahl der Unterschriften überrascht uns nicht, vor allem

angesichts der Sammlung in den kreisfreien Städten. Das Votum wird in die weitere Meinungsbildung von Landesregierung und Parlament einfließen. Derzeit ist noch vieles im Fluss, es gibt noch keinen Beschluss des Landtages. Wir haben eine Verantwortung für ein zukunftsfestes Brandenburg. Die Unterschiede zwischen Speckgürtel und berlinfernen Regionen werden immer größer. Starkem Wachstum auf der einen Seite, stehen sinkende Einwoh-

ner*innenzahlen anderswo gegenüber. Es gibt Probleme, vor denen man die Augen nicht verschließen darf, die nicht gelöst werden, wenn man alles so belässt, wie es ist. Die Verwaltung muss in allen Regionen für die Bürger*innen da sein. Wir suchen die beste Lösung, deshalb ist uns die Meinung aus allen Landesteilen wichtig. Wir wollen die Regionen nicht allein lassen."

DIE LINKE. Brandenburg in Aktion | Newsletter 06/2017

Es lebe der Wahlkampf und der Populismus – oder wie viel bleibt vom Schulzchen Strohfeuer am Wahntag noch übrig

Die Umfragewerte der SPD gehen durch die Decke. Sie überholt zum ersten mal nach Jahren die CDU. Zu verdanken hat sie es ihrem neuen Kanzlerkandidaten und Vorsitzenden Martin Schulz, der durch die Bundesländer reist und mit solchen Aussagen punktet, wie z.B.:

Einräumung von Fehlern bei der von den SPD-Genossen durchgezogenen „Agenda 2010“

- Vielleicht ein paar vorsichtige Korrekturen an ihr

-Vielleicht ein wenig länger Arbeitslosengeld I

-Vielleicht ein klein wenig Korrekturen beim Rentenabbau

-Vielleicht eine kleine Korrektur bei der willkürlichen Befristung von Arbeitsverträgen

-Vielleicht eine Einschränkung der Supergehälter für alle möglichen Leute

-Vielleicht, Vielleicht ...

Es scheint so, als ob alle SPD-Mitglieder sich einig sind : Er ist der auserwählte Erlöser für ihre Partei

Martin Schulz war Mitinhaber einer kleinen Buchhandlung in Würselen. 2014 wurde er zum Präsidenten des EU-Parlamentes gewählt. Auch als Wirtschaftspolitiker meldete sich Schulz 2013 in

seinem Buch „Der gefesselte Riese. Europas letzte Chance.“ zu Wort . Er bekennt sich darin ausdrücklich zur Agenda 2010 seines Parteifreundes Gerhard Schröder. Er begrüßt, dass sich Frankreich und Italien auf den Weg machen Deutschland zu folgen und nach dem Vorbild der Agenda 2010 weitrei-

chende Strukturreformen einleiten. So hebt er auch hervor, dass verkrustete Strukturen in vielen Ländern der EU aufgebrochen werden müssen. Was er nicht darlegt, ist das, was im neoliberalen Jargon als – Strukturreformen – verstanden wird. Sie bedeuten Abbau von Schutzrechten für die Lohnabhängigen und sozial Schwachen. - Aufbrechen von Verkrustungen – beinhaltet die Durchsetzung von Deregulierungen und Privatisierungen, die Reform des Arbeitsmarktes zur Erhöhung des Ausbeutungsgrades und die Zusammenkür-

bert sie sich in einem Interview zu einigen Fragen: - War Martin Schulz auch im Parlament ein Anwalt der kleinen Leute, für die er nun vorgibt, kämpfen zu wollen? Gabi Zimmer: „Ich kenne keine eigenen Initiativen zur Durchsetzung sozialer Gerechtigkeit, die von Martin Schulz als EP-Präsident ausging oder demonstrativ von ihm unterstützt wurden.“ - Welche Macht hatte Schulz als Parlamentspräsident? Gabi Zimmer: „ Er ist ja als ein sehr politischer Parlamentspräsident aufgetreten, agierte oft direkt, manchmal aggressiv. Er blieb

Orban, Kaczynski oder Erdogan nichts schuldig. Das hat ihm Ärger eingebracht: ich habe ihn dafür respektiert.“ Abschließendes Fazit der GUE/NGL- Fraktionsvorsitzenden Gabi Zimmer: „Martin Schulz hat dafür gesorgt, dass die sozialdemokratische Fraktion auf der Linie blieb, die er zuvor mit den Christdemokraten, teilweise den Liberalen und dem Kommissionspräsidenten festgelegt

hatte. Das war sein –Verdienst – und hat zu großen Spannungen innerhalb der Sozialdemokraten geführt.“ Als Kanzlerkandidat sieht Schulz die Dinge nun plötzlich ganz anders. Die SPD hofft auf die Vergesslichkeit des Wahlvolkes.

Monika Gohl

“ Wenn wir den Sozialstaat wiederherstellen und eine friedliche Außenpolitik erreichen können, beteiligen wir uns gern an einer Regierung. Aber Martin Schulz hält sich bisher viel offen. Er braucht Druck von einer starken Linken, wenn aus sozialen Wahlversprechen auch tatsächlich soziale Politik werden soll. ”

Sahra Wagenknecht
www.team-sahra.de



Hartz-IV-Sanktionen sind unmenschlich

Immer mehr Hartz-IV-Bezieher*innen sind von Sanktionen betroffen. Diese trafen häufig Haushalte mit Kindern unter 18 Jahren. Das geht aus der Antwort der Landesregierung auf eine mündliche Anfrage hervor. Bettina Fortunato, un-

sere sozialpolitische Sprecherin im Landtag, kritisiert: "Vorschläge der Länder, auch aus Brandenburg, zur Änderung der Sanktionsregelungen, wurden nicht berücksichtigt. DIE LINKE fordert die Abschaffung der unmensch-

lichen Zwangsmaßnahmen, die bei den Betroffenen oft zu Verschuldung, massiver Existenzangst, sozialer Isolierung, Verschlechterung der Gesundheit und auch Obdachlosigkeit führen.

Termine

Stadtvorstand	23.03.2017
Landesparteitag	26.03.2017
Mitgliederversammlung	01.04.2017 im Kosmonat
Schwedt	
Kreisvorstand	05.04.2017
Stadtvorstand	06.04.2017 Vorbereitung 1. Mai

Zur Mitgliederversammlung am 01.4. 2017 erfolgt noch eine schriftliche Einladung.

Die Basis DER LINKEN in Prenzlau hat am 03.04. 2017 den Fraktionsvorsitzenden DER LINKEN im Landtag, Ralf Christoffers zu Gast.

Herzlichen Glückwunsch zum Geburtstag!

27.03.17	Klaus Hempel	zum 79. Geburtstag
29.03.17	Erich Dannehl	zum 86. Geburtstag
29.03.17	Lothar Falkenberg	zum 58. Geburtstag
02.04.17	Lutz Schüler	zum 74. Geburtstag
04.04.17	Ruth Hebenstreit	zum 83. Geburtstag
13.04.17	Gisela Ufer	zum 84. Geburtstag
14.04.17	Renate Fuchs	zum 86. Geburtstag



Rainer Sturm/ pixelio.de

Zum guten Schluss...

Vor 25 Jahren trat das Stasi- Unterlagengesetz in Kraft, dass jedem Bürger Deutschlands Einsicht in die über ihn angelegten Akten erlaubt. Nun wurde doch tatsächlich an der technischen Universität Dresden ein neues Forschungsprojekt ins Leben gerufen, dass sich u.a. mit der Frage beschäftigt, warum nach einem Vierteljahrhundert, erst 2 Millionen Deutsche einen Antrag auf Akteneinsicht gestellt haben. Den schließlich müsste es ja nun wenigsten die ehemaligen 17 Millionen Ostdeutschen interessieren, wer, sie sie wann, wo und warum bespitzelt hat. Tut es aber nicht. So wird vermutet, dass die Akteneinsichtverweigerer vermutlich Angst vor der Antwort hätten. Es könnte sie ja ein Trauma erwarten, dass sie sich lieber ersparen wollen. Dass es vielleicht nur einfach Dessinteresse sein könnte, darauf kommt natürlich keiner.

Sylvia Anklam

KoppHoch erscheint monatlich. Wir freuen uns über jeden neuen Abonnenten, der die Herausgabe mit einer Jahresspende von mindestens 3,00 € unterstützt.

Redaktionsschluss der Ausgabe 04/2017: 10.04.17, Abholtermin: 19.04.17

Impressum

Herausgeber:

Stadtvorstand der Partei DIE LINKE. Schwedt

V.i.S.d.P.:

Sylvia Anklam

Redaktion:

M.Gohl, S.Anklam, D.Meyner

Gestaltung:

A. Grote

Druck:

Druckerei Wippold

Vertrieb:

Geschäftsstelle der Partei DIE LINKE. Schwedt

Sprechzeiten

Geschäftsstelle

Auguststraße 2, Zi. 207/208
Mo-Do 10-12 Uhr

Leiter der Geschäftsstelle

Di, 10-12 Uhr

Finanzen

Mo, 27.03.17, 10-12 Uhr
Mo, 02.04.17, 10-12 Uhr

Kontakt und Adressen

DIE LINKE Stadtverband Schwedt/Oder

Auguststraße 2, 16303 Schwedt
e-mail: schwedt@dielinke-uckermark.de

Tel./Fax: (03332) 31928

Webseite: <http://www.dielinke-uckermark.de>

DIE LINKE Schwedt/Oder

Fraktion SSV

Tel. 839334

Auguststraße 2, 16303 Schwedt

KoppHoch ausgelesen? Bitte weitergeben an jemanden, der ihn vielleicht auch gerne lesen würde oder sollte!